

II- 1503 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 13. Juli 1971

No. 790/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Ing. Schmitzer
und Genossen

Ofenböck

an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Bildstellenwesen in Österreich.

Mit Erlaß 803.262-I/8A/71 hat das Bundesministerium für Unterricht verfügt, daß die Lehrpflichtermäßigung für Bildstellenleiter ab dem Schuljahr 1971/72 nicht mehr gewährt werden wird.

Dieser Erlaß hat zur Folge, daß das Bildstellenwesen in Österreich mit September 1971 als eingestellt zu betrachten ist. Die Folgen sind gravierend und dem Ministerium sicherlich bekannt. Die Schulen können nicht mehr mit audio-visuellen Lehrmitteln versorgt werden.

Das Ministerium beruft sich in seinem Erlaß auf den Einschaubericht des Rechnungshofes, demzufolge die Kosten der Bildstellen vom jeweiligen Bundesland zu tragen wären, weil es sich um eine Länderkompetenz handle.

Die betroffenen Bundesländer haben aber in verschiedenen Schreiben an das Bundesministerium darauf hingewiesen, daß von der Tätigkeit der Bildstellenleiter vor allem auch Bundesschulen profitieren würden. So schreibt das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung in seinem Brief vom Mai 1971, Geschäftszahl VIII/1 folgendes:

"Nähme die NÖ. Landesbildstelle und die Bezirksbildstellen nur

Landesagenden wahr, so würde sich ihre Tätigkeit bloß auf die rein techn.Arbeiten der Medienbeschaffung des Medienverleihs und der Pflege der Medien und Geräte für Pflichtschulen beschränken. Dies würde bedeuten, daß vor allem an Bundesschulen keine landeseigenen Medien (die ja die überwiegende Mehrzahl ausmachen) zur Verfügung stünden und die eminent wichtige Betreuung der Lehrerschaft in pädagogischer und gerätetechnischer Hinsicht entfielen."

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen dahor folgende

A n f r a g e :

1) Welche Maßnahmen wird Ihr Ministerium ergreifen, um den Einsatz von audio-visuellen Lehrmitteln auch im Schuljahr 1971/72 zu garantieren?

2) Führt Ihr Ministerium Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Lehrer zur Lösung dieser Problematik?

Wenn ja, welchen Verlauf nehmen diese Verhandlungen?

3) Wird der Bund aber sofort eine eigene Dienststellenorganisation aufbauen?

Wenn ja, was kostet diese und ist Personal in ausreichendem Maße vorhanden?